

Grenzgängerproblem

8. Juni 1961

Einzel-Information Nr. 292/61 über Aussprachen zum Grenzgängerproblem durch verschiedene SED-Kreisleitungen in Groß-Berlin

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 420, Bl. 1–2 (5. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Ulbricht, Honecker, Verner – MfS: Röhlig (ZIG), Ablage.

Bemerkung

Die Information basiert auf einem Bericht der HA VII/2 vom 5.6.1961 (BStU, MfS, ZAIG, Bl. 3).

Dem MfS wurde bekannt, dass die SED-Kreisleitungen Berlin-Mitte und Berlin-Weißensee Aussprachen mit den Parteisekretären der einzelnen Grundorganisationen durchführten, in denen das Problem der Grenzgänger in Berlin behandelt wurde.¹ Dabei wurde der interne Charakter dieser Aussprachen betont und auf die durchaus richtige Maßnahme orientiert, dass das Grenzgänger-Problem zzt. nur mit dem Mittel der Überzeugung gelöst werden könne. Außerdem wurden den Parteisekretären aber auch Hinweise auf konkrete Maßnahmen gegeben, die zu einem späteren Zeitpunkt und in einer noch zu beratenden Weise durchgeführt werden sollen. Dabei handelte es sich um folgende geplante Maßnahmen:

1. Die Einführung bzw. Ergänzung des bestehenden Hausbuches hinsichtlich von Angaben über die Arbeitsstelle. (Dadurch will man erreichen sämtliche Arbeitsstellen in Westberlin zu erfassen, damit mit diesen Menschen individuelle Aussprachen geführt werden können.)
2. In Neubauwohnungen bzw. AWG-Wohnungen sollen keine Grenzgänger mehr eingewiesen werden. Es ist sogar geplant, Grenzgänger aus solchen Wohnungen auszuweisen.

1

Zur Grenzgängerproblematik vgl. ausführlich Roggenbuch, Frank: Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau. Berlin 2008.